

## Ausmaß und Ursachen von Niedriglöhnen im ostdeutschen Dienstleistungsgewerbe

In den vergangenen beiden Jahren fand in Deutschland ein überdurchschnittlicher Beschäftigungszuwachs statt. Dieser ist zumindest teilweise auf atypische Beschäftigungsverhältnisse und Niedriglohnjobs zurückzuführen. Während einige dies als erfolgreiche Flexibilisierung des bislang zu starren deutschen Arbeitsmarkts werten, beklagen andere aufgrund der geringen Entlohnung und der zunehmenden Lohnungleichheit ein Gerechtigkeitsdefizit.<sup>4</sup> Daraus wiederum werden politische Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn abgeleitet.

Trotz der hohen gesellschaftlichen Brisanz ist die empirisch gestützte ökonomische Forschung zum Niedriglohnsektor in Deutschland erst im Aufbau begriffen.<sup>5</sup> Dies erschwert die fundierte Diskussion von Ursachen der Niedriglohnbeschäftigung und den daraus zu ziehenden politischen Schlussfolgerungen erheblich. Mit dem vorliegenden Artikel wird deshalb ein Teilbereich systematisch empirisch analysiert, der von der Thematik besonders betroffen ist. Einerseits weisen die bisherigen Analysen darauf hin, dass insbesondere Beschäftigte im Dienstleistungssektor Niedriglöhne erhalten.<sup>6</sup> Andererseits ist das Lohnniveau in Ostdeutschland bereits an sich erheblich niedriger als in Westdeutschland, sodass bei einer gesamtdeutschen Betrachtung erheblich mehr Arbeitnehmer von Niedriglöhnen betroffen sind. Im Folgenden wird deshalb die Niedriglohnbeschäftigung im Dienstleistungsgewerbe Ostdeutschlands analysiert.

In Übereinstimmung mit der wissenschaftlichen Literatur wird ein Beschäftigter dann als Niedriglöhner klassifiziert, wenn sein Bruttostundenlohn weniger als zwei Drittel des Medianstundenlohns beträgt. Zu beachten ist, dass ein Beschäftigter mit einem *Niedriglohn* nicht automatisch auch über ein *Niedrigeinkommen* verfügt und umgekehrt. So kann beispielsweise in einem Doppelverdienerhaushalt ohne Kinder trotz eines Niedriglohns insgesamt ein Einkommen oberhalb der Armutsgrenze vorliegen, während umgekehrt ein Alleinverdiener mit vielen Kindern trotz eines höheren Lohns mit seinem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegen kann.<sup>7</sup>

Hinsichtlich des Niedriglohns wird zum einen deskriptiv ausgewertet, welche Personen und Dienstleistungsbereiche in Ostdeutschland davon besonders betroffen sind. Zum anderen wird erstmalig eine multiple Analyse vorgelegt, mit der geprüft wird, welche Faktoren auch bei Kontrolle der jeweils anderen Merkmale die Wahrscheinlichkeit eines Niedriglohns signifikant erhöhen oder senken. Die Ergebnisse werden jeweils mit denen verglichen, die sich bei analogen Analysen für das westdeutsche Dienstleistungsgewerbe ergeben, sodass auch bestehende Ost-West-Unterschiede aufgedeckt werden.

In einem zweiten Schritt wird die Wirkung der Steuern und Sozialabgaben auf die Ergebnisse untersucht. Zu diesem Zweck werden die Analysen für die Nettolöhne durchgeführt, und es wird verglichen, ob und welche Resultate sich dadurch verändern. Bisher liegen dazu kaum Erkenntnisse vor, obwohl aus Sicht der Beschäftigten das verfügbare Lohneinkommen von besonderem Interesse ist. Zudem ist es auch für politische Schlussfolgerungen wesentlich, welche Lohnungleichheiten durch Steuern und Abgaben bereits beseitigt werden.

---

<sup>4</sup> Vgl. zu letzterem PETERSEN, T.: Allensbach-Analyse: Die gefühlte Ungerechtigkeit. Verfügbar in: <http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~EB3B43B2E78094E50896217905A36F0B3~ATpl~Ecomm on~Scontent.html>, Zugriff am 02.09.2008.

<sup>5</sup> Vgl. EICHHORST, W.; GARTNER, H.; KRUG, G.; RHEIN, T.; WIEDEMANN, E.: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland und im internationalen Vergleich, in: J. Allmendinger; W. Eichhorns; U. Walwei (Hrsg.), IAB Handbuch Arbeitsmarkt. Campus Verlag: Frankfurt am Main 2005, S. 107-142.

<sup>6</sup> Vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; SCHULTZ, B.: Ein Mindestlohn von 7,50 Euro je Stunde betrifft vor allem Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2008, S. 102-105.

---

<sup>7</sup> Zum Zusammenhang zwischen Niedriglohn und Niedrigeinkommen vgl. LOHMANN, H.: Welfare States, Labour Market Institutions and the Working Poor: A Comparative Analysis of 20 European Countries. DIW-Diskussionspapier Nr. 776/2008.

## ***Niedriglöhne in Deutschland – Definition und Stand der Forschung***

Für die Definition des Niedriglohns können entweder absolute Größen wie die in der politischen Diskussion vorgeschlagenen Mindestlöhne oder die relative Position zum Medianlohn als Schwellenwerte verwendet werden. Das nachfolgend verwendete relative Konzept vermeidet eine vergleichsweise willkürliche Setzung dessen, was als „hoch“ oder „niedrig“ anzusehen ist. Außerdem unterscheidet sich das Lohnniveau in Ost- und Westdeutschland erheblich. Letzteres legt nahe, als Schwellenwert den regionalen Medianlohn zu verwenden, also bei den Berechnungen nicht den gesamt-, sondern jeweils den ost- bzw. den westdeutschen Median zugrunde zu legen. Dies entspricht zugleich dem in der wissenschaftlichen Literatur üblichen Vorgehen.

Aktuelle Untersuchungen zu Niedriglöhnen in Deutschland<sup>8</sup> zeigen für das Jahr 2006, dass die Niedriglohnanteile in Ost- und Westdeutschland bei der Verwendung des regionalen Medianlohns mit etwa 22% gleich groß sind (bei einem gesamtdeutschen Medianlohn wäre der Niedriglohnanteil in den Neuen Bundesländern mehr als doppelt so hoch). Es gibt also bei relativer Betrachtung keinen überdurchschnittlichen Anteil der Niedriglohnbeschäftigung in Ostdeutschland. Bei einer Differenzierung nach Personengruppen zeigen sich überdurchschnittlich hohe Niedriglohnanteile für Personen in Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung, für Geringqualifizierte, für Frauen, junge Erwerbstätige bis 34 Jahre und für Ausländer. Auf der Betriebsseite wurde ein überdurchschnittlicher Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in Klein- und Kleinstbetrieben gefunden, während in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten der Niedriglohnanteil nur etwa ein Zehntel dessen in Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten ausmacht.

Auswertungen, welche die Niedriglohnbeschäftigung detailliert nach Wirtschaftszweigen und Be-

rufgruppen analysieren, finden sich nur vereinzelt, so z. B. bei *Rhein und Stamm*.<sup>9</sup> Hier wurde die Niedriglohnbeschäftigung nach Berufsgruppen, Berufsordnungen und Wirtschaftszweigen aufgeschlüsselt. Demnach sind die Anteile von Niedriglohnbezieher bei Friseuren, Floristen, Übrigen Gästebetreuern, Wäschern, Kellnern und Raumreinigern mit über zwei Dritteln in der jeweiligen Berufsgruppe besonders hoch, während der Niedriglohnanteil im gesamten Kredit- und Versicherungsgewerbe bei 3,3% liegt. Allerdings gilt diese Aufschlüsselung nur für Westdeutschland, während für Ostdeutschland keine Zahlen vorgelegt werden.

Allen bisherigen Analysen für Deutschland gemeinsam ist, dass die empirischen Auswertungen weitgehend deskriptiv und jeweils auf einzelne Merkmale bezogen durchgeführt wurden. Dagegen sind multiple kausalanalytische Betrachtungen von Niedriglöhnen selten,<sup>10</sup> für den Dienstleistungssektor fehlen sie vollständig. Ebenso fehlt eine Analyse der Wirkungen der relevanten Lohnabzüge (Steuern und Sozialabgaben) auf die Betroffenheit und die Ursachen einer Niedriglohnbeschäftigung. Die nachfolgenden Ausführungen tragen zur Schließung dieser Lücken bei.

### ***Regionale Niedriglohnschwellen und -anteile 2007 über alle Sektoren***

Alle Analysen beruhen auf den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (vgl. Kasten), die Ost-West-Abgrenzung wurde über das Arbeitsortprinzip vorgenommen, wobei Ostberlin Ostdeutschland und Westberlin Westdeutschland zugeordnet wurde. Ausgehend von einem Medianbruttostundenlohn von 11,38 Euro in Ostdeutschland bezogen im Jahr 2007

9 RHEIN, T.; STAMM, M.: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. IAB-Forschungsbericht 12/2006.

<sup>10</sup> Im Rahmen von empirischen Kausalanalysen ist die ökonomische Forschung auf Lohngleichungen fokussiert (z. B. CHRISTENSEN, B.: Anspruchslohn und Arbeitslosigkeit in Deutschland, in: MittAB 4/2003, S. 573-598). Diese erklären zwar die stetige Variable „Lohnhöhe“, nicht aber die dichotome Variable „Niedriglohnbezieher ja/nein“. Für die Erklärung der letzteren sind andere ökonometrische Methoden erforderlich, als sie für Lohngleichungen angewendet werden. Die kausalanalytische soziologische Forschung wiederum beschäftigt sich i. d. R. mit der Erklärung von Armut und nicht von Niedriglöhnen (z. B. GROHSAMBERG, O.: Armut und Klassenstruktur, in: KZfSS 56, 2004, S. 653-682).

<sup>8</sup> Siehe insbesondere KALINA, T.; WEINKOPF, C.: Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen. IAQ-Report 2008-01. – BOSCH, G.; WEINKOPF, C.: Arbeiten für wenig Geld – Zusammenfassung und politischer Handlungsbedarf, in: G. Bosch; C. Weinkopf (Hrsg.), Arbeiten für wenig Geld. Campus Verlag: Frankfurt 2007, S. 286-312.

Kasten:

#### Datenbasis und Vorgehensweise

Als Datenquelle wurde die Welle 2007 des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) benutzt. Auszugsweise wurde auch die Erhebungswelle von 2006 zu Vergleichszwecken herangezogen. Die Auswertung beschränkt sich auf Querschnittsanalysen. Die Welle 2007 beinhaltet insgesamt 21 680 Personen.

In die Analyse einbezogen wurden alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, während Ein-Euro-Jobber, Praktikanten und Auszubildende ausgeschlossen wurden, da ihre Lohnhöhe auf Sonderfaktoren beruht, die nicht Gegenstand der vorliegenden Analyse sind. Der Bruttostundenlohn wurde als Quotient aus dem letzten Bruttomonatsverdienst und der vereinbarten Arbeitszeit (zuzüglich bezahlter Überstunden) berechnet. Dabei wurde die im SOEP vorliegende Wochenarbeitszeit mit dem Faktor 4,33 multipliziert. Zurückgegriffen wurde nur auf jene Datensätze, bei denen beide Angaben vorhanden waren. Das führte zum Verlust von 11% aller Beobachtungen. Insgesamt verblieben 8 610 Personen in der Auswertung. Sonderzahlungen wie das Urlaubsgeld wurden nicht berücksichtigt. Die Berechnung der Nettostundenlöhne erfolgte analog. Sie wurden aus dem berichteten Nettomonatslohn des letzten Monats generiert.

Für die deskriptiven Analysen wurden die Daten schließlich mit den Hochrechnungsfaktoren des SOEP gewichtet, um repräsentative Aussagen für die jeweilige Grundgesamtheit zu erhalten.

Grundlage für die Branchenangaben ist die Wirtschaftszweigklassifikation NACE. Ergänzend dazu wurde auch die Berufsklassifikation des Statistischen Bundesamts von 1992 verwendet. Dies hat den Grund, dass unter Umständen genauere Angaben zur Betroffenheit von Beschäftigten in bestimmten Berufsgruppen möglich sind. In einigen Wirtschaftszweigen und Berufsklassen sind die Fallzahlen sehr gering, sodass entweder eine Angabe auf der nächsthöheren Aggregations-ebene erfolgt oder auf ihre Darstellung verzichtet wird.

23,9% aller Beschäftigten einen Stundenlohn unterhalb der Niedriglohnschwelle von 7,58 Euro (vgl. Tabelle 1). Absolut erhielten demnach gut eine Million Arbeitnehmer einen Stundenlohn unterhalb von zwei Dritteln des Medians. Im Vergleich

zu Westdeutschland ist die Niedriglohnquote damit knapp vier Prozentpunkte höher. Im Jahr 2006 waren im Osten Deutschlands bei gleicher Berechnungsart noch drei Prozentpunkte weniger in Niedriglohnverhältnissen beschäftigt, sodass der Abstand zu Westdeutschland geringer war.<sup>11</sup>

Tabelle 1:  
Niedriglohnschwellen und -anteile 2007

Niedriglohnmaße	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	NL-Schwelle	NL-Anteil	NL-Schwelle	NL-Anteil
Bruttostundenlohn	7,58 Euro	23,9%	9,85 Euro	20%
(2006)	(7,69 Euro)	(20,9%)	(9,81 Euro)	(18,9%)
Nettostundenlohn	5 Euro	13,3%	6,25 Euro	15,2%
(2006)	(5,11 Euro)	(15,1%)	(6,27 Euro)	(15,7%)

Quellen: SOEP; Berechnungen des IWH.

Bei der Betrachtung von Nettostundenlöhnen zeigen sich nicht nur die durch den unverteildenden Effekt des Steuersystems zu erwartenden erheblich geringeren Niedriglohnanteile in Ost und West. Vielmehr drehen sich obige Ergebnisse teilweise um: So ist auf dieser Basis der Niedriglohnanteil in Ostdeutschland gegenüber 2006 gesunken, und gegenüber Westdeutschland erhält ein geringerer Anteil der Arbeitnehmer ein Einkommen unterhalb der Niedriglohnschwelle. Diese Ergebnisse sind maßgeblich auf eine unterschiedliche Niedriglohnverteilung bei den Vollzeitwerbstätigen zurückzuführen. So wiesen in Ostdeutschland viele vollzeiterwerbstätige Niedriglöhner einen Bruttostundenlohn auf, der nur knapp unter der Niedriglohnschwelle liegt.

<sup>11</sup> Der im DIW-Wochenbericht 38/2008 (BRENKE, K.: Jahrelanger Trend zunehmender Lohnspreizung gestoppt. S. 567-570) berichtete Stillstand der Niedriglohndynamik beruht auf anderen Abgrenzungen der Untersuchungsgesamtheit. Zum einen werden im Wochenbericht auch Studenten, Schüler, Arbeitslose und Rentner einbezogen, also Personengruppen, bei denen die Arbeit typischerweise nur einen Nebenerwerbszweck erfüllt. Zum anderen wird dort der Bruttolohn durch die Gesamtzahl der üblicherweise geleisteten Stunden geteilt, es werden also auch unbezahlte Überstunden in die Analyse einbezogen. Insofern spiegeln die Ergebnisse des Wochenberichts auch Veränderungen in den unbezahlten Überstunden wider. Letzteres gilt vermutlich auch für die im Literaturüberblick zitierten Werte für 2006 von Kalina und Weinkopf, sodass diese ebenfalls von den hier berechneten Zahlen abweichen.

Geht man zur Nettobetrachtung über, fallen diese Personen aus dem Niedriglohnbereich heraus. In Westdeutschland dagegen sind die meisten Vollzeiterwerbstätigen Niedriglöhner so weit von der dortigen Schwelle entfernt, dass sie auch netto nur einen Niedriglohn erhalten.<sup>12</sup>

### ***Struktur der Niedriglohnbeschäftigung im ostdeutschen Dienstleistungsgewerbe***

Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten für das gesamte Dienstleistungsgewerbe in Ostdeutschland lag 2007 für die Bruttolöhne bei 24,8%. Dieser Wert ist zwar höher als derjenige für das Produzierende Gewerbe (19,3%), jedoch erklärt dieser Unterschied nicht die besondere Aufmerksamkeit, die dem Dienstleistungssektor zuteil wird. Letztere ist vielmehr darauf zurückzuführen, dass besonders betroffene Branchen dem Dienstleistungssektor zuzuordnen sind. Dies und die Frage, welche Personengruppen in besonderem Maß betroffen sind, werden im Weiteren analysiert. Dabei wird nach personenbezogenen und beschäftigungsspezifischen Merkmalen sowie nach Branchen unterschieden.

Bei den individuellen Merkmalen zeigen sich die zu erwartenden Tendenzen: Jüngere sind stärker betroffen als Ältere, mehr Frauen als Männer erhalten einen Niedriglohn, und Geringqualifizierte sind stärker betroffen als Höherqualifizierte (vgl. Tabelle 2). Quantitativ sind die Unterschiede bei Alter und Qualifikation besonders groß: Während zwei Drittel der unter 25-Jährigen weniger als 7,58 Euro brutto verdienen, ist es bei den 35- bis 44-Jährigen nur rund ein Sechstel. Außerdem sind zwei Drittel der Personen ohne Berufsausbildung betroffen, aber nur ein Zehntel der Hochschulabsolventen. Bei Männern liegt der Niedriglohnanteil im ostdeutschen Dienstleistungssektor unter dem Durchschnitt, während Frauen deutlich stärker von Niedriglöhnen betroffen sind. Gleichwohl sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern weniger stark ausgeprägt als bei einer Gesamtbetrachtung für alle Branchen in Deutschland.<sup>13</sup>

---

<sup>12</sup> Während der Quotient derer, die bis zu 10% unter der Niedriglohnschwelle liegen, zu denen, die mehr als 10% unter der entsprechenden Schwelle liegen, für Vollzeiterwerbstätige in den Neuen Bundesländern bei 1,29 liegt, beträgt er für den westdeutschen Niedriglohnsektor nur 0,49.

<sup>13</sup> Vgl. KALINA, T.; WEINKOPF, C., a. a. O.

Die Ergebnisse zur Qualifikation bleiben tendenziell erhalten, wenn man statt der individuellen die für eine Tätigkeit erforderliche Qualifikation betrachtet. Dies liegt an einer hohen Übereinstimmung zwischen der vorhandenen und der für einen Arbeitsplatz benötigten Qualifikation. Jeweils über 80% der Arbeitsplätze, die eine Berufs- oder Hochschulausbildung erfordern, sind auch mit Personen der entsprechenden Qualifikation besetzt.<sup>14</sup> Hinsichtlich der Beschäftigungsform zeigen sich die in den öffentlichen Diskussionen unterstellten Tendenzen auch für den ostdeutschen Dienstleistungssektor: Zum einen erhalten drei Viertel der Minijobber einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle, während Vollzeitbeschäftigte unterdurchschnittlich häufig betroffen sind. Allerdings sind die Unterschiede zwischen diesen Kategorien nicht ganz so deutlich wie bei einer gesamtdeutschen Betrachtung über alle Branchen. Zum anderen sind befristet Beschäftigte und Zeitarbeiter überdurchschnittlich häufig von einer Niedriglohnbeschäftigung betroffen.

Bei der Differenzierung nach Branchen und Berufsgruppen zeigt sich die große Heterogenität des Dienstleistungssektors. Während in Einzelhandel, Gastgewerbe und unternehmensnahen Dienstleistungen jeweils mehr als 40% der Beschäftigten Niedriglöhne beziehen sind, sind es z. B. im Kreditgewerbe weniger als 3%. Dies deckt sich tendenziell mit den entsprechenden Berechnungen für Westdeutschland, wenngleich dort die Niedriglohnanteile für den Einzelhandel und unternehmensnahe Dienstleistungen geringer sind als in Ostdeutschland. Bei der Auswertung nach Berufsgruppen ergeben sich ähnliche Ergebnisse wie bei der Aufgliederung nach Branchen. Einen besonders hohen Niedriglohnanteil von mehr als 50% weisen Berufe des Nachrichtenverkehrs sowie Reinigungs- und Entsorgungsberufe auf. Im Fall der Alten Bundesländer trifft das nur auf die Kategorie „Reinigung und Entsorgung“ zu.

Wie oben gezeigt, ist der Niedriglohnanteil auf Nettostundenlohnbasis deutlich kleiner. Dies führt dazu, dass die deskriptiven Ergebnisse für die verschiedenen Teilgruppen auf dieser Grundlage eben-

---

<sup>14</sup> Große Abweichungen gibt es lediglich bei Arbeitsplätzen, die keine Ausbildung erfordern. Diese sind zu rund drei Vierteln mit Personen besetzt, die über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen.

falls alle niedriger ausfallen. Ihre relativen Positionen bleiben aber bestehen.

Tabelle 2:  
Niedriglohnanteil nach Beschäftigtengruppen im ostdeutschen Dienstleistungssektor 2007  
- in % -

		brutto	netto
Alter	bis 25 Jahre	66,1	38,1
	25 bis 34 Jahre	39,3	15,4
	35 bis 44 Jahre	16,4	11,4
	45 bis 54 Jahre	17,8	13,9
	55 bis 64 Jahre	20,6	10,9
Geschlecht	Männer	19,4	8,8
	Frauen	27,9	17,6
persönliche Qualifikation	keine	65	55
	Berufsausbildung	28,8	16,9
	Hochschulabschluss	10,6	5,9
erforderliche Qualifikation	keine	53,4	44,8
	Berufsausbildung	23,4	11,6
	Hochschulabschluss	13,1	5,1
Beschäftigungsform	Vollzeit	19	8
	Teilzeit	29,9	20,6
	Minijobs	77,9	70,4
	befristete Beschäftigung	41,6	22,6
	Zeitarbeit	63,3	30,9
Branche darunter u. a.:	Dienstleistungssektor insgesamt	24,8	14,5
	Kreditgewerbe	2,9	0
	Erziehung und Unterricht	7,3	3,1
	Einzelhandel	42,4	29,2
	Gastgewerbe	55,6	37,8
	unternehmensnahe Dienstleistung	47,7	29,7

Quellen: SOEP; Berechnungen des IWH.

### **Determinanten der Niedriglohnbeschäftigung (Bruttobetrachtung)**

Wie jede deskriptive Analyse von Einzelmerkmalen geben auch die Zahlen in Tabelle 2 keine Auskunft darüber, ob ein hoher Anteil einer Teilgruppe letztlich durch ein anderes als das betrachtete Merkmal verursacht wird. Beispielsweise könnte der höhere Niedriglohnanteil bei den Frauen darauf

zurückzuführen sein, dass diese überdurchschnittlich häufig in atypischen Beschäftigungsverhältnissen oder in Branchen wie dem Einzelhandel vertreten sind. Erforderlich für eine kausale Betrachtung ist deshalb eine multiple Analyse, die bei Kontrolle aller relevanten Merkmale den jeweiligen Erklärungsbeitrag prüft. Im Folgenden wird daher ein so genanntes Logit-Modell geschätzt und geprüft, welche Variablen einen statistisch gesicherten Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit eines Niedriglohns haben und in welche Richtung dieser Einfluss gegebenenfalls wirkt.<sup>15</sup>

Für die Spezifikation eines Erklärungsmodells gibt es keine einzelne ökonomische Theorie, die alle empirisch relevanten Faktoren erfasst. In Analogie zu anderen Untersuchungen wird deshalb auf unterschiedliche Theorieansätze zurückgegriffen. Insbesondere gehen Variablen ein, die auf dem Humankapitalansatz *Beckers*,<sup>16</sup> auf Theorien der Arbeitsmarktsegmentation sowie anderen institutionellen Erklärungsansätzen aufbauen.<sup>17</sup>

Neben den deskriptiv ausgewerteten Merkmalen wurden als personenspezifische Variablen der Haushaltstyp, der Verheiratenstatus, ein Wohnort in den Alten Bundesländern sowie eine Gewerkschaftsmitgliedschaft berücksichtigt. Im Gegenzug wurde die individuelle Qualifikation herausgenommen, da diese stark mit der arbeitsplatzbezogenen Qualifikation zusammenhängt (s. o.) und letztere einen höheren Erklärungswert für die Entlohnung hat. Als zusätzliche beschäftigungsspezifische Variablen gehen die Dauer der Betriebszugehörigkeit und eine Stellung, in der anderen Mitarbeitern Anweisungen gegeben werden (hier als „Führungs-

<sup>15</sup> Anders als im linearen Regressionsmodell sind die Koeffizienten eines Logit-Modells nur unter starken Annahmen interpretierbar. Deshalb werden im Weiteren ausschließlich die Vorzeichen ausgewertet.

<sup>16</sup> BECKER, G. S.: *Human Capital: A Theoretical and Empirical Analysis with Special Reference to Education*, 3. Aufl. University of Chicago Press: Chicago, London 1993.

<sup>17</sup> Z. B. KÖHLER, C.; LOUDOVICI, K.; STRUCK, O.: Generalisierung von Beschäftigungsrisiken oder anhaltende Arbeitsmarktsegmentation?, in: *Berliner Journal für Soziologie* 3-2007, S. 387-406. – HEIDENREICH, M.: Beschäftigungsordnungen im internationalen Vergleich, in: *Zeitschrift für Soziologie* 2004, S. 206-227. – BELL, L. A.: Union Wage Concessions in the 1980s: The Importance of Firm-specific Factors, in: *Industrial and Labor Relations Review* 1995, pp. 258-275.

Tabelle 3:  
Logit-Schätzung für Niedriglöhne im ostdeutschen Dienstleistungssektor 2007

	brutto	netto
persönliche Merkmale		
Alter	o	o
Alter (quadr.)	o	o
Geschlecht (weiblich = 1)	+ ***	+ ***
Haushaltstyp: Ref.: Paare ohne Kind(er)		
alleinstehend	o	o
Paare mit Kind(ern)	o	o
alleinerziehend	- **	- *
Familienstand (verheiratet = 1)	- *	o
Wohnort (ABL = 1)	- ***	
Gewerkschaftsmitglied (ja = 1)	- ***	- ***
beschäftigungsspezifische Merkmale		
Erwerbsstatus: Ref.: Vollzeit		
Teilzeit	o	+ **
Minijob	+ ***	o
erforderliche Ausbildung: Ref.: Berufsausbildung		
keine/Einweisung/Einarbeitung	+ ***	+ ***
Hochschulausbildung erforderlich	- ***	- ***
Betriebszugehörigkeit: Ref.: 10 bis 20 Jahre		
bis 1 Jahr	+ ***	+ **
1 bis 3 Jahre	+ ***	o
3 bis 5 Jahre	+ ***	o
5 bis 10 Jahre	o	o
20 bis 55 Jahre	o	- *
befristete Beschäftigung (ja = 1)	o	+ *
Zeitarbeit (ja = 1)	+ *	o
Führungsposition (ja = 1)	- ***	o
firmenspezifische Merkmale		
ausgewählte Branchen: <sup>a</sup> Ref.: Gesundheits-/Sozialwesen		
Kfz-Handel, Kfz-Reparatur, Tankstellen	o	+ ***
Einzelhandel	+ ***	+ ***
Gastgewerbe	+ ***	+ ***
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	o	+ *
Kredit-/Versicherungsgewerbe	o	o
unternehmensnahe Dienstleistungen	+ **	+ ***
öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	o	o
Betriebsgröße: Ref.: unter 20 Mitarbeitern		
20 bis 200 MA	- ***	- **
200 bis 2 000 MA	- ***	- ***
über 2 000 MA	- ***	- ***
Anzahl Beobachtungen	1 184	1 086
Pseudo R2 (McFadden)	0,3932	0,3502

+ bedeutet positiven, - negativen und o keinen statistisch gesicherten Einfluss. \*, \*\* und \*\*\* stehen für Signifikanz auf dem 10%-, 5%- und 1%-Niveau. - <sup>a</sup>Weitere Branchen wurden zwar berücksichtigt, sind aber nicht signifikant oder als „Restkategorie“ nicht interpretierbar. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden diese Branchen deshalb hier nicht dargestellt. Außerdem enthält die Schätzgleichung eine Konstante, die ebenfalls nicht mit aufgeführt ist.

Quellen: SOEP; Berechnungen des IWH.

position“ bezeichnet), ein. Firmenspezifisch schließlich wird neben der Branche noch die Betriebsgröße betrachtet.

Das Ergebnis der Schätzung zeigt (vgl. Tabelle 3), dass alle drei Variablengruppen zur Erklärung der Niedriglohnwahrscheinlichkeit beitragen. Bei den personenbezogenen Variablen treten dabei z. T. erhebliche Abweichungen zu den Ergebnissen einer parallel für den westdeutschen Dienstleistungssektor durchgeführten Schätzung auf. So weist das Alter bei Kontrolle der übrigen Einflussfaktoren in Ostdeutschland keinen signifikanten Einfluss auf die Niedriglohnwahrscheinlichkeit auf, während in Westdeutschland ein Alterseffekt statistisch gesichert ist. Bei der Haushaltszusammensetzung wiederum sind in Ostdeutschland keine Unterschiede zwischen Paaren mit und ohne Kinder(n) zu beobachten, während sich in Westdeutschland bei Paaren mit Kindern eine signifikant geringere Niedriglohnwahrscheinlichkeit zeigt. Schließlich kann im ostdeutschen Dienstleistungssektor eine geringere Niedriglohnwahrscheinlichkeit für Alleinerziehende beobachtet werden, während sich diese in Westdeutschland von Paaren ohne Kinder nicht signifikant unterscheidet. All dies deutet darauf hin, dass sich die traditionell unterschiedlichen Gesellschaftsmuster<sup>18</sup> auch in der Niedriglohnwahrscheinlichkeit widerspiegeln. Übereinstimmend wird jedoch in Ost- und Westdeutschland eine signifikant höhere Niedriglohnwahrscheinlichkeit für Frauen ausgewiesen. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit zahlreichen anderen Literaturbelegen<sup>19</sup> für geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung. Diese kann z. B. durch institutionelle Faktoren begünstigt sein oder auch Ausfallrisiken widerspiegeln.<sup>20</sup>

<sup>18</sup> Diese betreffen insbesondere die verschiedenen geschlechtsspezifischen Rollenverteilungen zwischen Ost- und Westdeutschland. Entsprechende Unterschiede werden im Rahmen der Gender Studies u. a. bezüglich der Erwerbsorientierung untersucht (z. B. VÖLKER, S.: Hybride Geschlechterpraktiken: Erwerbsorientierungen und Lebensarrangements von Frauen im ostdeutschen Transformationsprozess. VS Verlag: Wiesbaden 2004.)

<sup>19</sup> Vgl. HINZ, T.; GARTNER, H.: Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Branchen, Berufen und Betrieben. IAB-Diskussionspapier 04/2005.

<sup>20</sup> Vgl. NULSCH, N.; DANNENBERG, H.: Elterngeld – neuer Risikofaktor für Unternehmen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 7/2008, S. 289-296.

Ost-West-Unterschiede zeigen sich ebenso bei den beschäftigungsspezifischen Merkmalen. Während in Ostdeutschland nur Minijobber eine höhere Niedriglohnwahrscheinlichkeit als Vollzeiterwerbstätige haben und sich Teilzeiterwerbstätige von letzteren nicht signifikant unterscheiden, weisen in Westdeutschland beide Personengruppen ein höheres Niedriglohnrisiko auf. Außerdem lässt sich in Ostdeutschland nur für Zeitarbeiter, aber nicht für befristet Beschäftigte eine höhere Niedriglohnwahrscheinlichkeit zeigen, während in Westdeutschland beide Personengruppen signifikant stärker von dem Problem betroffen sind und zudem das Resultat für die Zeitarbeiter statistisch stärker gesichert ist. Diese Resultate deuten darauf hin, dass die Niedrigentlohnung im ostdeutschen Dienstleistungsgewerbe weniger stark auf das Erklärungsmuster „atypischer Beschäftigung“ zurückgeführt werden kann als diejenige in Westdeutschland. Ceteris paribus scheint also in Westdeutschland für Niedriglöhne stärker in atypische Beschäftigung ausgewichen zu werden als in Ostdeutschland. Dagegen zeigen sich für Qualifikation und Zugehörigkeitsdauer zum Betrieb in Ost und West übereinstimmend die zu erwartenden Resultate. Je geringer die für eine Stelle erforderliche Qualifikation ist, umso höher ist die Niedriglohnwahrscheinlichkeit. Und bei einer Betriebszugehörigkeit von bis zu fünf Jahren ist das Niedriglohnrisiko signifikant höher als bei länger andauernden Arbeitsbeziehungen.

Hinsichtlich der firmenspezifischen Aspekte haben Beschäftigte in Betrieben ab 20 Mitarbeitern in Ost- und Westdeutschland signifikant geringere Niedriglohnwahrscheinlichkeiten als solche in Kleinbetrieben. Bei der Branchenbetrachtung werden die deskriptiven Ergebnisse durch die multiple Analyse bestätigt. Beschäftigte im Einzelhandel, im Gastgewerbe und bei unternehmensnahen Dienstleistungen haben ein signifikant höheres Niedriglohnrisiko als jene im Gesundheits- und Sozialwesen, das wegen der hohen Fallzahl in der Stichprobe und wegen seiner Stellung als eine Art „mittlere Kategorie“ hinsichtlich der Betroffenheit von Niedriglöhnen als Vergleichsgruppe ausgewählt wurde. Vor allem mit Einzelhandel und Gastgewerbe sind damit besonders arbeitsintensive und raumbundene Branchen betroffen. Für entsprechend gebundene Dienstleistungen sind tendenziell geringere

Produktivitäten und demzufolge höhere Niedriglohnwahrscheinlichkeiten zu erwarten.<sup>21</sup>

Im Vergleich zu Ostdeutschland zeigen sich in Westdeutschland zwar die gleichen „Sorgenkinder“. In Westdeutschland gibt es jedoch mit dem Großhandel, dem Grundstücks- und Wohnungswesen sowie mit Erziehung und Unterricht drei Branchen, deren Beschäftigte dort signifikant seltener von Niedriglöhnen betroffen sind als die Vergleichsbranche, während sie sich in Ostdeutschland von dieser nicht unterscheiden. Dies deutet darauf hin, dass in Westdeutschland die Heterogenität zwischen den Dienstleistungsbranchen noch ausgeprägter ist als in Ostdeutschland.

### ***Determinanten der Niedriglohnbeschäftigung (Nettobetrachtung)***

Angesichts der umverteilenden Wirkung des Steuer- und Abgabensystems überrascht es nicht, dass sich die Ergebnisse auf der Basis der Nettostundenlöhne teilweise von denen der Bruttoschätzung unterscheiden. Die Unterschiede betreffen vor allem den Haushaltstyp, dessen Bedeutung abnimmt, die atypischen Beschäftigungsverhältnisse und zusätzliche Branchen, die sich von der Vergleichsgruppe unterscheiden (vgl. Tabelle 3).<sup>22</sup>

Besonders interessant sind die Resultate zur atypischen Beschäftigung. So weisen Minijobber *keine* höhere Niedriglohnwahrscheinlichkeit mehr auf als Vollzeiterwerbstätige. Unter Einbeziehung des Steuer- und Transfersystems sind die deskriptiv zu beobachtenden hohen Niedriglohnanteile dieser Personengruppe demnach auf andere Merkmale zurückzuführen, und nicht mehr ursächlich auf die Beschäftigungsform. Das Ergebnis spricht

<sup>21</sup> REICHWALD, R.; MÖSLEIN, K.: Wertschöpfung und Produktivität von Dienstleistungen?, in: H.-J. Bullinger (Hrsg.), Dienstleistung der Zukunft: Märkte, Unternehmen und Infrastrukturen im Wandel. Gabler Verlag: Wiesbaden 1995, S. 324-376.

<sup>22</sup> Die beiden Schätzungen unterscheiden sich in den Fallzahlen, da bei der Nettobetrachtung nicht alle Variablen mitgeschätzt werden konnten. Dies ist immer dann gegeben, wenn ein Merkmal für alle Beobachtungseinheiten denselben Wert aufweist. Im vorliegenden Fall erhielten z. B. alle Personen mit Wohnsitz in Westdeutschland keinen Niedriglohn. Die Ergebnisse für die Bruttoschätzung verändern sich jedoch nicht, wenn nur die Teilstichprobe der Nettolohnbetrachtung verwendet wird. Daher sind die beiden Spalten der Tabelle 3 vergleichbar.

zugleich für die Vermutung, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Lohnfindung die Sozialleistungssysteme antizipieren.<sup>23</sup> Zu beachten ist allerdings, dass in die Schätzung ausschließlich Arbeiter, Angestellte und Beamte eingegangen sind, sodass die Aussagen nicht ohne Weiteres auf Personengruppen wie Rentner oder Studenten übertragen werden können.

Für die Teilzeitbeschäftigten wiederum ist eine gegenteilige Veränderung zu beobachten. Sie weisen nun eine signifikant höhere Niedriglohnwahrscheinlichkeit auf als Vollzeitbeschäftigte. Dies könnte damit zusammenhängen, dass sich die Lohnverteilung unterhalb der Niedriglohnschwelle für Teil- und Vollzeitbeschäftigte unterscheidet. Insbesondere ist der Anteil der Vollzeitbeschäftigten in einem Bereich knapp unter der Niedriglohnschwelle (also zwischen 7 Euro und 7,58 Euro) deutlich höher als im Niedriglohnbereich insgesamt. Bruttostundenlöhne in diesem Bereich fallen jedoch nach Steuern aus dem Niedriglohnbereich heraus, sodass Vollzeitbeschäftigte überproportional von der Brutto-Netto-Umrechnung profitieren und deshalb danach weniger stark von Niedriglöhnen betroffen sind als Teilzeiterwerbstätige.

Weitere Veränderungen sind bei befristet Beschäftigten und Zeitarbeitern zu beobachten. Auch hier kehren sich die Ergebnisse um, d. h., bei einer Nettobetrachtung weisen die befristet Beschäftigten eine höhere Niedriglohnwahrscheinlichkeit auf, während für Zeitarbeiter kein Effekt mehr festgestellt werden kann. Allerdings sind die Ergebnisse nur schwach statistisch gesichert und sollten deshalb nicht überinterpretiert werden.

### ***Differenzierte Ergebnisse erfordern differenziertes Handeln***

Das ostdeutsche Dienstleistungsgewerbe ist hinsichtlich der Verbreitung von Niedriglohnbeschäftigung sehr heterogen. Während in den Branchen Einzelhandel, Gastgewerbe und unternehmensnahe Dienstleistungen mehr als 40% der Beschäftigten weniger als zwei Drittel des ostdeutschen Medianlohns beziehen, sind es z. B. im Kreditgewerbe nur

rund 3%. Ob eine Ausweitung des Dienstleistungssektors zu einer Erhöhung des Anteils der Niedriglohnbeschäftigung führt, hängt deshalb maßgeblich davon ab, in welchen Dienstleistungsbranchen neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Bei der Analyse der individuellen Niedriglohnwahrscheinlichkeit zeigen sich neben den zwischen Ost und West übereinstimmenden Resultaten wie einer stärkeren Betroffenheit von Frauen oder von Personen mit einer Beschäftigung, die keine Ausbildung erfordert, auch bemerkenswerte Unterschiede. Zum einen spiegeln sich in der unterschiedlichen Relevanz von Haushaltstypen noch unterschiedliche Gesellschaftsmuster wider. Zum anderen ist in Ostdeutschland nur für einen Teil der Formen atypischer Beschäftigung ein signifikanter erhöhender Einfluss auf die Niedriglohnwahrscheinlichkeit nachweisbar, während dies in Westdeutschland für alle betrachteten Formen gilt. Diese Unterschiede zwischen den Ergebnissen für Ost- und Westdeutschland deuten darauf hin, dass eventuelle politische Lösungskonzepte in Ost und West unterschiedlich wirken können.

Schließlich zeigt ein Brutto-Netto-Vergleich der Analysen für Ostdeutschland, dass es bei Berücksichtigung von Steuern und Sozialabgaben zu deutlichen Verschiebungen bei der Erklärung von Niedriglohnwahrscheinlichkeiten kommt. Die Wirkung von bereits existierenden Umverteilungsinstrumenten sollte deshalb bei der Diskussion um Mindestlöhne stärker als bisher berücksichtigt werden. Denn Eingriffe des Staats in die Lohnsetzung sind mit ökonomischen Risiken verbunden. Es sollte deshalb vorab geprüft werden, inwiefern es nach der Einbeziehung der vorhandenen Steuern und Sozialleistungen überhaupt noch einen politischen Handlungsbedarf gibt.

*Joachim Wilde*  
(*Joachim.Wilde@iwh-halle.de*)

*Christian Keller*  
(*Keller.Christian@gmx.net*)\*

---

<sup>23</sup> FACHINGER, U.: Verkannte Gefahr: Erodierende Finanzierungsbasis der sozialen Sicherung, in: Wirtschaftsdienst 2007, S. 529-536.

---

\* Universität Leipzig, Institut für Soziologie.